

07. Nov. 2007

Anfrage

der Abgeordneten Drⁱⁿ Sabine Oberhauser, Broukal
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend „Kosten eines Studienplatzes an der Medizinischen Universität Wien, Graz und
Innsbruck“

Immer wieder hört man von VertreterInnen der Medizinischen Universitäten die Aussagen,
es wäre nicht möglich mehr MedizinerInnen auszubilden, da die dafür notwendigen
Ressourcen nicht zur Verfügung stünden. Klare Aussage der Rektoren: Man brauche mehr
Geld um mehr Studierende aufnehmen zu können.

Der Rechnungshof stellt nun in seinem aktuellen Bericht (Bund 2007/14) unter dem Punkt
„Medizinische Universitäten Wien, Graz und Innsbruck sowie Veterinärmedizinische
Universität Wien: Regelungen über den Hochschulzugang“ fest, dass es den Medizinischen
Universitäten mit Ausnahme der VetMed Wien gar nicht möglich ist, die Kosten eines
Studienplatzes zu beziffern. Der Rechnungshof empfahl den Universitäten daher, "ihr
Rechnungswesen bezüglich der Ermittlung von Studienplatzkosten zu verbessern".

Bisher wurde also mit einem unbelegten Argument die Möglichkeit von der Hand gewiesen,
mehr MedizinerInnen auszubilden um dem drohenden ÄrztInnenmangel entgegen zu treten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher an den
Bundesminister für Wissenschaft und Forschung nachstehende

Anfrage:

1. Welche Schritte hat das BMWF bisher unternommen, um die Kosten eines
Studienplatzes an den Medizinischen Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck zu
erheben?
2. Bis zu welchem Zeitpunkt gedenkt das BMWF die Kosten für einen Studienplatz an den
Medizinischen Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck zu erheben?
 - a) Welche unterstützenden Maßnahmen für die Universitäten wird das BMWF hierzu
anbieten?
3. Welchen Zwecken werden die Studiengebühren, die an den Medizinischen
Universitäten eingehoben werden, gewidmet?

Handwritten signatures:
Broukal
A. Köpfer

Handwritten signature:
C. M. S.

Handwritten signature:
Sabine Oberhauser